

Tagesordnung I Punkt 2.2 der öffentlichen Sitzung am 05. November 2012

Antrags-Nr. 12-F-33-0112

G8/G9

- Antrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 1.10.2012 -

Die Landesregierung plant, mit einem neuen Konzept den Gymnasien die Wahl zwischen dem gymnasialen Bildungsgang in acht oder neun Jahren zu überlassen.

Schulentwicklungspläne müssen entsprechend den Bedarfen des Schulträgers konzipiert werden und die erforderlichen Bildungsgänge sicherstellen.

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

- (1) Der Magistrat wird nach Rückfrage beim Hessischen Kultusministerium gebeten zu berichten,
 - a. mit welchem Bedarf für G8 und G9 zu rechnen ist,
 - b. welche baulichen Veränderungen auf die Gymnasien bzw. den Schulträger zukommen werden
 - c. wer die Kosten für die baulichen Umgestaltungen trägt?
- (2) Da den Schulträgern durch die Schulzeitverkürzung große Kosten entstanden sind, sind nach dem Konnexitätsprinzip die erneuten Veränderungen vom Land zu tragen. Der Magistrat wird beauftragt diesbezüglich auf allen Ebenen tätig zu werden.
- (3) Die hessische Landesregierung wird aufgefordert, für langfristige Klarheit und Planungssicherheit im gymnasialen Bildungsgang zu sorgen und auf weitere Verlagerungen von Landesaufgaben auf die Schulträger zu verzichten. Dies bedeutet aus der Sicht des Schulträgers, vor allem die Verkürzung in der Mittelstufe zu beenden und die reformierte Oberstufe so zu gestalten, dass eine Möglichkeit zu Verkürzung besteht.

Beschluss Nr. 0557

Der gem. Antrag von CDU und SPD vom 01.10.2012 betr.

G8/G9

wird angenommen.

Dem Magistrat
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Wiesbaden, .11.2012

Nickel
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat
-16 -

Wiesbaden, .11.2012

1. Dezernat V i. V. m. Dezernat IV
mit der Bitte um weitere Veranlassung
2. Abdruck:
Dezernat IV
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Dr. Müller
Oberbürgermeister